

**IN DIESER AUSGABE:**

Gleiche Rente für gleiche Leistung

Seite 2

Trump und die Linke

Seite 3

Mehr Geld für den öffentlichen Nahverkehr

Seite 3

Der junge Karl Marx

Seite 4

## Glückwünsche für Christoph Butterwegge



Die Gruppe der LINKEN in der Bundesversammlung dankt Christoph Butterwegge (Mitte) für seinen engagierten Wahlkampf. Foto: Frank Schwarz

### Für sozialen Zusammenhalt

Ein tolles Ergebnis: Der Kandidat der LINKEN, Prof. Dr. Christoph Butterwegge, erhielt in der Bundesversammlung zur Wahl des neuen Bundespräsidenten im Februar 128 Stimmen – 94 von den Wahlfrauen und -männern der LINKEN und 34 Stimmen von anderen Parteien. Demokratie lebt von der Alternative. DIE LINKE ist stolz auf ihren Kandidaten, den renommierten Armutsforscher, der sich u. a. auch mit Rechtsextremismus intensiv befasst hat.

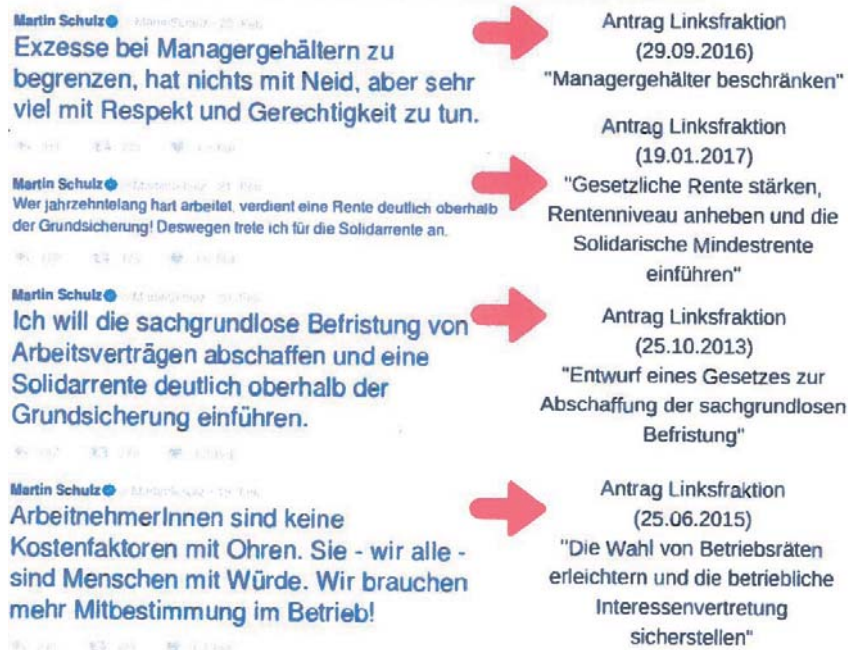
Christoph Butterwegge forderte in einem Offenen Brief SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz auf, weitreichende und konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der sozialen Spaltung im Land vorzulegen. „Wie mir scheint, haben Sie die wachsende soziale Ungleichheit als Hauptproblem der Gesellschaftsentwicklung erkannt, gehen aber nicht über Andeutungen hinaus, wie die bestehenden Verhältnisse korrigiert werden können.“

Bereits zuvor hatte er appelliert: „Mit meiner Kandidatur möchte ich die Öffentlichkeit für soziale Probleme sensibilisieren, denn obwohl die Gesellschaft immer stärker auseinanderfällt, nimmt das Establishment diesen Polarisierungsprozess nicht oder falsch wahr. Außerdem möchte ich der weiteren Zerstörung des Wohlfahrtsstaates durch neoliberale Reformen entgegenzutreten sowie jenen Teilen der Bevölkerung eine politische Stimme geben, die immer stärker ausgegrenzt werden. Während das reichste Geschwisterpaar der Bundesre-

publik, Stefan Quandt und Susanne Klatten, im Frühsommer 2016 für das Vorjahr eine Rekorddividende in Höhe von 994,7 Millionen Euro nur aus ihren BMW-Aktien bezog, lebten

fast zwei Millionen Kinder und Jugendliche in landläufig als Hartz-IV-Familien bezeichneten SGB-II-Bedarfsgemeinschaften und mussten je nach Alter mit 237, 270 bzw. 306 Euro im Monat (plus Miet- und Heizkosten) auskommen. Mehrere hunderttausend alleinerziehende Mütter im Arbeitslosengeld-II-Bezug sind froh, wenn sie am 20. des Monats noch etwas Warmes auf den Tisch bringen. Obwohl das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes den Bund zur Armutsbekämpfung verpflichtet, vernimmt man im Kampf gegen die Armut von den etablierten Parteien und deren Spitzenpolitikern hauptsächlich Lippenbekenntnisse. Nötig sind mehr Sensibilität gegenüber der Armut, die als Kardinalproblem unserer Wirtschafts- bzw. Gesellschaftsordnung erkannt werden muss und mehr Solidarität, was die Rekonstruktion des Sozialstaates genauso einschließt wie eine andere Steuerpolitik zwecks seiner Finanzierung durch Wohlhabende“, so Butterwegge.

### Mehr Gerechtigkeit? Nicht nur davon reden, sondern dafür stimmen!





## Schwestern, hört die Signale!

Der Internationale Frauentag ist auf der ganzen Welt ein wichtiger Kampftag. DIE LINKE stellt am Frauentag 2017 den Protest gegen die unhaltbaren Zustände in den Kliniken in den Mittelpunkt. Denn die Pflege ist weiblich. 85 Prozent der Beschäftigten in der Krankenhauspflege sind Frauen. Mehr als zwei Drittel arbeiten in Teilzeit, weil sie angesichts der hohen Arbeitsbelastung einfach nicht mehr schaffen. Viel zu wenige Pflegekräfte müssen viel zu viele Patientinnen und Patienten versorgen. „Das müssen wir schnellstens ändern“, fordert Bettina Fortunato, Sprecherin der Linksfraktion im Landtag Brandenburg für Sozial-, Gesundheits-, Pflege- und Seniorenpolitik. Unter den katastrophalen Arbeitsbedingungen leiden nicht nur die

Beschäftigten in der Pflege. Sie schaden auch den Kranken und Angehörigen, die unhaltbare Zustände in den Kliniken auffangen müssen.

DIE LINKE fordert 100.000 zusätzliche Pflegekräfte für die Kliniken und unterstützt die Arbeitskämpfe für Entlastung der Beschäftigten in den Krankenhäusern. Eine Krankenschwester in Deutschland versorgt im Schnitt 10,3 Patienten, in Norwegen dagegen nur 3,8 erläutert Fortunato. Es sei genug Geld für die Aufstockung der Beschäftigten vorhanden. Aber bislang fehle dafür der politische Wille. „Es geht um gute Arbeit statt Dauerstress, um die Anerkennung dieser wichtigen Arbeit mit den Menschen und letztlich um gute Gesundheitsversorgung für uns alle.“



Euro aufgestockt. Das betrifft z. B. Frauenhäuser, die Brandenburgische Frauenwoche, den Frauenpolitischen Rat, aber auch die Hospiz- und Palliativversorgung, die Arbeit des Seniorenbeirates und die AIDS-Prävention.“

## Gleiche Renten für gleiche Leistung

Das Wissen und die Erfahrungen von Seniorinnen und Senioren sind ein unschätzbare Wert, der nicht vernachlässigt werden darf. Es sei wichtig, dies in die künftige Seniorenpolitik der Landesregierung einfließen zu lassen. Nicht umsonst schätzten viele Kulturen die Weisheit der Alten, betont Bettina Fortunato angesichts einer Seniorenbefragung des Sozialministeriums Brandenburgs.

Die meisten Brandenburgerinnen und Brandenburger leben in den ländlichen Regionen. „Wir müssen Wege finden, auch dort Daseinsvorsorge und Lebensqualität im Alter zu sichern“, so Fortunato. Mit der Fortentwicklung der seniorenpolitischen Leitlinien des Landes sollen aktuelle Fragen und Probleme aufgegriffen, aktives Altern unterstützt und die Lebensbedingungen der älteren Bevölkerung verbessert werden. Dazu gehören altersgerechtes Wohnen

ebenso wie die Gewährleistung einer umfassenden gesundheitlichen Versorgung oder die Berücksichtigung der Vielfalt der individuellen Lebensentwürfe und Lebensbedingungen.

„Wir streiten für gleichwertige Lebensverhältnisse und gerechte Chancen in allen Landesteilen, aber auch bundesweit. Dazu gehört, dass gleiche Lebensleistungen in Ost und West auch mit der Rente anerkannt werden. Mit dem Renten-Beschluss vom Februar stellt sich die Bundesregierung selbst ein Armutszeugnis aus. Nicht nur, dass es 26 Jahre nach der deutschen Einheit immer noch keine Rentengerechtigkeit gibt, sondern die jetzt geplante Rentenangleichung bis 2025 soll ohne Hochwertung der im Durchschnitt rund um ein Viertel niedrigeren Ostlöhne erfolgen. Damit erhalten viele ostdeutsche Beschäftigte künftig deutlich geringere Renten als ihre West-Kollegen. Das zeigt einmal mehr: Die berechtigten Interessen der Ostdeutschen hat die Bundesregierung nicht im Blick. Das Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz ist eine Mogelpackung“, meint Fortunato.

## Brandenburg bildet pro Jahr 100 Altenpflegehelferinnen aus

Mit Beginn des Ausbildungsjahres 2017 sollen in Brandenburg jährlich 100 AltenpflegehelferInnen ausgebildet werden. Einem entsprechenden Antrag der rot-roten Regierungskoalition hat der Haushaltsausschuss des Landtages zugestimmt.

Abgeordnete Bettina Fortunato freut sich: „Diese Ausbildung soll mehr Fachkräfte in die Altenpflege bringen. Bisher wurde diese als Umschulungsmaßnahme von der Agentur für Arbeit angeboten. Jetzt nimmt Brandenburg es selbst in die Hand und finanziert eine einjährige Ausbildung. Voraussetzung ist die Berufsbildungsreife, die dem früheren Hauptschulabschluss entspricht. Somit können auch SchülerInnen mit diesem Abschluss eine Ausbildung zum Altenpflegehelfer/zum Altenpflegehelferin absolvieren. Insgesamt hat die rot-rote Koalition die soziale Infrastruktur im Land gestärkt. Bisher aus Lottomitteln finanzierte Projekte im Frauen- und Familienbereich werden nun regulär im Haushalt verankert und die Mittel um 419000

## Der Landeshaushalt 2017/18



### Linke Finanzpolitik für gutes Älterwerden

1 Mio. Euro pro Jahr für die Pflegeoffensive, das bedeutet

- ▶ das **pflegepolitische Aktionsprogramm** wird weiter entwickelt
- ▶ Pflegebedürftigkeit wird durch **Prävention** vermindert oder vermieden
- ▶ die **ambulante Versorgung** wird stabilisiert
- ▶ **pflegende Angehörige** werden unterstützt

456.000 Euro mehr für die Altenpflegehilfe-Ausbildung, das heißt

- ▶ **jährlich 100 Plätze** für Regelausbildung in der Altenpflegehilfe
- ▶ **neue Berufschancen** für Schulabgänger mit weniger guten Abschlüssen
- ▶ die **Fachkräftesituation** wird verbessert



## Linke Handschrift im Landshaushalt

Mit dem Doppelhaushalt 2017/18 des Landes Brandenburg können viele LINKE Projekte verwirklicht bzw. in Angriff genommen werden: Mehr Geld

für Inklusion und langes gemeinsames Lernen, für den Einstieg in eine beitragsfreie Kita, den barrierefreien ÖPNV oder den Breitbandausbau z. B.

### Der Landshaushalt 2017/18



### Linke Finanzpolitik für besseren ÖPNV

Insgesamt 12 Mio. Euro zusätzlich für die Belange des ÖPNV:

- ▶ 3 Mio. Euro für das Jahr 2017
- ▶ 6 Mio. Euro für das Jahr 2018
- ▶ 3 Mio. Euro für das Jahr 2019 sind bereits gesichert

**Anmerkung:** Mit dem Geld werden Investitionen in den ÖPNV gefördert, die vor allem den Kauf **neuer Straßenbahnen** unterstützen sollen. Darüber hinaus soll es dabei helfen, den ÖPNV in Brandenburg **barrierefrei** zu machen. Bessere Angebote im ÖPNV sind gut für die Fahrgäste und für den Klimaschutz.

### Der Landshaushalt 2017/18



### Linke Finanzpolitik für die Wirtschaft

80 Mio. Euro für den Breitbandausbau

- ▶ **Schnelles Internet** ist zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge
- ▶ Das Programm „Brandenburg – Glasfaser 2020“ wird fortgesetzt
- ▶ **Kofinanzierung zum Bundesprogramm** für Kreise und kreisfreie Städte

Steigerung der Wirtschafts- und Strukturförderung durch

- ▶ Etataufstockung um rund **25 Mio. Euro** im Jahr 2017
- ▶ Etataufstockung um weitere **5 Mio. Euro** im Jahr 2018

### Der Landshaushalt 2017/18



### Linke Finanzpolitik für öffentliche Sicherheit

Anhebung der Stellenzahl bei der Polizei von 8.116 auf **8.250 PolizistInnen**

Deutlich mehr AnwärterInnen an der Fachhochschule der Polizei:

- ▶ **350 Neueinstellungen** im Jahr 2017
- ▶ **360 Neueinstellungen** im Jahr 2018

Fachhochschule der Polizei in Oranienburg bekommt **Internat**

Besserer Brand- und Katastrophenschutz durch mehr Ausbilder an der **Landesfeuerwehrschule**



## Trump und die Linke

Die Wahl von Donald Trump sollte die Alarmglocken bei der Linken schrillen lassen.

Sie ist Ausdruck der Krise sowohl des politischen als auch des ökonomischen Systems der USA und des kapitalistischen Systems insgesamt. Die USA sind Verlierer der neoliberalen Globalisierung. Der Konsens für offene Märkte erodiert zunehmend. Zahlreiche Interventionskriege haben das Imperium überdehnt. Trump ist Ausdruck dieser Krise und der allgemeinen Schwächung des US-Imperialismus, vor allem seiner ökonomischen Basis. Die neoliberale Globalisierung, so wie sie bisher verlief, nützt dem Gesamt-Ensemble des US-Kapitalismus nicht mehr. Mit Gewissheit können wir behaupten, dass wir in eine neue gefährliche Epoche der kapitalistischen Entwicklung eintreten. Gekennzeichnet durch die Verschärfung innerimperialistischer Rivalitäten, des Schutzes nationaler Märkte und einer neuen internationalen Ordnung des Weltsystems. In den USA führte die neoliberale Globalisierung zur Deindustrialisierung. US-Konzerne haben die Produktion ins billigere Ausland verlegt. Während die industrielle Produktion niederging, zählen Wallstreet und das Silicone Valley zu den Gewinnern. Auf Dauer hat dies eine Legitimitätskrise des politischen Systems der USA ausgelöst. Weite Teile der Bevölkerung sind unzufrieden und wütend. Dies nährt die Anti-Establishment-Haltung. Sie kam bei der Bewegung zum Ausdruck, die Bernie Sanders unterstützte. Sein Ausscheiden zugunsten von Hillary Clinton öffnete Trump den Raum, um große Teile des Protestes gegen die Eliten kanalisieren zu können. Es zeigt sich erneut, dass das Fehlen einer unabhängigen politischen Partei, die aus der Tradition der Arbeiterbewegung kommt, das größte Hindernis auf dem Weg ist, eine linke Alternative mit Massenanhang gegenüber den beiden kapitalistischen Parteien Demokraten und Republikaner präsentieren zu können. Es wird sich zeigen, ob Bernie Sanders' Strategie, die Mehrheit bei den Demokraten zu erlangen, künftig aufgehen wird. Aufgrund der bürgerlichen Natur dieser Partei und ihrer Verzahnung mit der Wallstreet spricht wenig dafür, dass sich eine linkssozialdemokratische Orientierung in dieser Partei durchsetzen kann. Vielmehr muss in den USA eine auf kämpferische Gewerkschaften gegründete Arbeiterpartei entstehen.

*Auszüge aus einer Analyse von Harri Grünberg, Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE. (Internationale Kommission)*

## Bürgerbüros

### Thomas Nord (MdB)

**Bürgerbüro Seelow**  
Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon: (0 33 46) 85 21 45  
thomas.nord@bundestag.de  
www.thomas-nord.de

### Bettina Fortunato (MdB)

**Bürgerbüro Seelow**  
Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon: (0 33 46) 85 21 45  
Telefax: (0 33 46) 85 21 47  
buero-fortunato@t-online.de  
www.bettina-fortunato.de

### Marco Büchel (MdB)

**Bürgerbüro  
Bad Freienwalde**  
Grünstraße 8  
16259 Bad Freienwalde  
Telefon: (0 33 44) 33 45 41

**Bürgerbüro Strausberg**  
Große Straße 45  
15344 Strausberg  
Telefon: (0 33 41) 49 77 11  
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Persönl. Sprechzeiten:  
1. und 3. Mo. im Monat  
Bitte VORHER telefonisch anmelden.  
info@marco-buechel.de  
www.marco-buechel.de

## Geschäftsstellen

### Bad Freienwalde

Grünstraße 8  
16259 Bad Freienwalde  
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41  
www.dielinke-frw.de

Öffnungszeiten:  
Di. 9 – 11 Uhr

### Strausberg

Große Straße 45  
15344 Strausberg  
Telefon: (0 33 41) 31 17 96  
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Öffnungszeiten:  
Mo. – Do. 9 – 12 Uhr  
E-Mail: info@dielinke-mol.de

## LinksTreff

### LinksTreff Seelow

Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47  
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de  
www.dielinke-seelow.de

Öffnungszeiten:  
Mo. – Do. 9 – 12 Uhr

## Redaktionsschluss

der nächsten Impulse:  
1. April 2017

## Erscheinen

der nächsten Impulse:  
15. April 2017

## Der junge Karl Marx

Anfang März ist ein abendfüllender Film über das Leben des jungen Karl Marx in den Kinos angefallen, der die gesellschaftlichen und politischen Umstände seiner Zeit wieder lebendig werden lässt. Es ist eine Zeit, die zwischen monarchischer Reaktion und demokratischer Revolution hin- und herschwankt. Karl Marx hat von 1836 bis 1841 in Berlin Rechtswissenschaften und Philosophie studiert. In dieser Zeit wurde er mit dem Kreis der Junghegelianer bekannt. Im Jahr 1841 promovierte Marx. Wegen seiner radikalen politischen Haltung blieb ihm jedoch die Universitätslaufbahn versagt. Seit 1842 entwickelte er aus der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie die Grundrisse der politischen Ökonomie. Im gleichen Jahr wurde er Chefredakteur der »Kölner Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe«. Hier setzt die Handlung des Films ein. Marx traf das erste Mal auf Friedrich Engels. Die »Rheinische Zeitung« wurde 1843 zensiert, Karl Marx ging mit seiner Frau Jenny ins Pariser Exil. Marx analysierte den unversöhnlichen Gegensatz von Kapital und Arbeit. Auf Betreiben der preußischen Regierung wurde er 1845 aus Frankreich ausgewiesen und ging nach London. Am Beginn des Jahres 1848 haben Marx und Engels das Kommunistische Manifest veröffentlicht. Hier endet der Film, aber nicht die Weltgeschichte. Marx hatte sein Denken auf die Betrachtung von ökonomischen Prozessen fokussiert. Aus der Verelendung der Arbeiter im London des schon entwickelten, aber noch frühkapitalistischen Zustands schlussfolgerte er: Die Ausgebeuteten, Unterdrückten und Entrechteten müssen sich



als politische Gruppe formieren, als Arbeiterklasse, die für ihre Rechte kämpft. Dies nicht im nationalen, sondern im internationalen Rahmen. Der Internationalismus ist das Äquivalent der Kapitalseite, nicht die abgeschlossene Nation.

Schon seit einigen Jahren wächst das ideengeschichtliche Interesse an den Büchern von Marx und Engels wieder. In ihnen ist die dialektische Methode enthalten, mit der Marx und Engels ein auch heute noch hilfreiches und kluges Instrument zur gedanklichen Orientierung zur Verfügung stellen. Aber auch die Idee einer klassenlosen Gesellschaft gewinnt nach einem Vierteljahrhundert real existierendem Neoliberalismus gerade bei Jugendlichen erneut an Attraktivität. Bei allen Veränderungen, die dem digitalen Fortschritt vor allem in den Bereichen Arbeit und Kommunikation folgen – in einem Punkt ist der Kampf um soziale Gerechtigkeit wie zu Zeiten des jungen Marx gleich geblieben: Ohne starke Organisationen, ohne Verankerung in der Gesellschaft und in außerparlamentarischen Bewegungen sowie ohne starke Vertretung in Parlamenten wird es nicht gehen. Wir kämpfen auf allen Ebenen für politischen Fortschritt, für den sozial-ökologischen Umbau, für Zusammenhalt, für Frieden, gegen Krieg, gegen die Reaktion. Kämpf mit in der LINKEN!

Thomas Nord  
Bundestagsabgeordneter der Partei DIE LINKE

## „IN. SIGHT“ Fotografien

„IN. SIGHT“ ist der Titel einer neuen Fotoausstellung, die seit Ende Februar in der Geschäftsstelle der LINKEN MOL, Große Straße 45 in Strausberg zu sehen ist. Bei seinen Aufnahmen hat Malte P. Codenys bewusst auf die Nutzung digitaler Technik verzichtet. Die Bilder entstanden an vermeintlich alltäglichen Orten und zeigen alltägliche Gegenstände aus neuen Perspektiven. Es sind ausschließlich großformatige Fotos in schwarz-weiß. Malte P. Codenys erhofft sich mit diesem Format beim Betrachter mehr Auseinandersetzung mit dem Motiv. Schirmherren der Ausstellung sind die Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende DIE LINKE MOL, Bettina Fortunato, und der Landtagsabgeordnete Marco Büchel.

## + + Termine + +

- 22. 03.** 19 Uhr, **Neuenhagener Gespräch** mit dem Bundestagsabgeordneten der LINKEN, **Matthias W. Birkwald**  
„Die Rente muss wieder **Lebensstandard sichern**“  
Bürgerhaus, Hauptstraße 1,  
15366 Neuenhagen.
- 23. 03.** 15 Uhr, **„IM GESPRÄCH“**. **Kerstin Kühn**, Direktkandidatin der LINKEN (WK 59) für die Bundestagswahl über ihre Politikziele.  
LinksTreff Seelow, Breite Str. 9,  
15306 Seelow

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

**V.i.S.d.P.** : Bettina Fortunato  
Tel. 0 33 41-31 17 96

**E-Mail** : renete@adolph.de  
**Redaktion** : Renate Adolph

**Layout u. Satz** : Fortunato Werbung  
www.fortunato-werbung.de

**Fotos/ Grafik** : DIE LINKE. MOL,  
privat

**Berliner Ostermarsch**  
Samstag, 15. April 2017  
12 Uhr  
Kaiser-Wilhelm-Platz  
(Schöneberg)

**Wir brauchen Frieden und Völkerverständigung!**  
Gehen Sie deshalb mit uns  
Ostern auf die Straße!  
Mehr Infos: [www.frikoberlin.de](http://www.frikoberlin.de)

**Abrüsten!**